

Gesamtschwerbehindertenvertretung für das Land und die Stadtgemeinde Bremen

Arbeitsgemeinschaft der Schwerbehindertenvertretungen
bei Behörden, Gerichten, Eigenbetrieben, Stiftungen,
Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts
im Lande und in der Stadtgemeinde Bremen



Gesamtschwerbehindertenvertretung
Faulenstraße 14-18, 28195 Bremen

Auskunft erteilt
Frau Baumgarten
Zi. 03 / Erdgeschoss links
Tel.: 0421 361 - 10526
Fax.: 0421 496 - 74750
e-Mail
Tanja.Baumgarten@gsv.bremen.de
Datum und Zeichen
Ihres Schreibens

Pressemitteilung

Mein Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)

Bremen, 17.07.2023

Die Gesamtschwerbehindertenvertretung für das Land und die Stadtgemeinde Bremen hatte große Erwartungen auf einen künftigen Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung hinsichtlich guter Impulse zur Inklusionspolitik gesetzt. Es bestand die Hoffnung, nachdem die vorherigen Ziele des alten Koalitionsvertrages hinsichtlich der Schaffung von inklusiven Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst verfehlt wurden, nun gezielt und aktiv die Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderung im öffentlichen Dienst zu sichern und aktiv die Einstellung von Menschen mit Behinderung zu fördern.

Der Koalitionsvertrag ist jedoch hinter diesen Erwartungen weit zurückgeblieben. Konkrete Ziele, welche im vorherigen Koalitionsvertrag noch mit Zahlen hinterlegt waren (z. B. die Schaffung von mindestens 20 Arbeitsplätzen auf der Grundlage des Budgets für Arbeit), gibt es nicht mehr. Vielmehr soll das Budget für Arbeit „verbindlich erprobt“ und eine „Strategie zur Sicherung der Schwerbehindertenquote“ erarbeitet werden. „Der Senat will offenkundig vermeiden, an der konkreten Umsetzung der Inklusionspolitik gemessen zu werden“, so Gesamtschwerbehindertenvertreter Marco Bockholt.

Auch ist dem Koalitionsvertrag nicht schlüssig zu entnehmen, wie man künftig dem (Fach-)Kräftemangel entgegensteuern möchte. Es reicht nicht aus, im Koalitionsvertrag festzustellen, dass die Freie Hansestadt Bremen „ihre Attraktivität als Arbeitgeberin weiter verbessern muss“. Hierzu zählt auch die Schaffung von barrierefreien Arbeitsplätzen, hier gibt es einen großen Nachholbedarf. Auch dies gehört aus Sicht der Gesamtschwerbehindertenvertretung zu den Faktoren einer Arbeitgeberattraktivität. Es besteht immer noch großer Handlungsbedarf, um eine volle sowie wirksame und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung als Beschäftigte im bremischen öffentlichen Dienst zu ermöglichen.

Die Gesamtschwerbehindertenvertretung hätte sich einen Koalitionsvertrag mit klaren Positionen gewünscht. Eine Beschreibung des jetzigen Zustandes, ohne hierbei wirklich eindeutige Schlussfolgerungen zu ziehen, reicht nicht aus. Dem neuen Senat wird von der Gesamtschwerbehindertenvertretung jetzt gerne die Chance eingeräumt, seine Hausaufgaben zu erledigen, erkennbare Fakten zu schaffen, um am Ende der Legislaturperiode bilanzieren zu können, dass Bremen diesmal bei der Inklusion einen deutlichen Schritt nach vorne gekommen ist!



Dienstgebäude
Faulenstraße 14-18
28195 Bremen

Bus / Straßenbahn
Haltestelle
Am Brill
Linien: 1, 2, 3, 25, 26, 52, 63

Sprechzeiten:
nach Vereinbarung
Rollstuhlparkplatz direkt vorm Haus.